

## Reformen der Lebensmittelimporte.

### Weiterer Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft.

Zu den vom Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß für die nächste Zeit in Aussicht gestellten weitgehenden Reformen in der Frage der Einfuhr von Lebensmitteln erfahren wir von eingeweihter Seite das folgende:

„Der bevorstehende Friede, der gleichzeitig auch die Beendigung der Tätigkeit der in Wien antwortenden fremdländischen Lebensmittelmissionen mit sich bringt, zwingt uns auch, unsere Ernährungswirtschaft den geänderten Verhältnissen anzupassen und vor allem an den Abbau von gewissen Zwangsmaßnahmen zu schreiten, die sich der Einfuhr von Lebensmitteln hinderlich in den Weg stellen.

Die Frage der geplanten Erleichterungen hinsichtlich der Lebensmittelimporte befindet sich vorläufig aber noch in einem embryonalen Zustand. Als sicher anzunehmen ist aber, daß an eine größere Freiheit in der Einfuhr von Lebensmitteln gedacht werden muß; sollen wir nach dem Aufhören der Tätigkeit der Entente-Missionen und nach dem Aufbruch der zur Verfügung gestellten Lebensmitteln nicht vor eine direkte Ernährungskrise gestellt werden.

Vor allem dürften in der Art der Erteilung von Einfuhrsbewilligungen, die jetzt nur schwer erhältlich sind, und hinsichtlich des bisher für bestimmte Waren dekretierten Anbotzwanges grundlegende Änderungen notwendig werden, soll es in Zukunft gelingen, für unsere Ernährung aus den Ententeländern und aus den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie größere Warenbezüge zu erlangen. Diese Reformen sind vor allem notwendig geworden, um den Handel und die Importeure, die uns wirklich notwendige Lebensmittel zu angemessenen Preisen hereinbringen, nicht weiter durch Zwangsmaßnahmen abzusprechen.

Die Lösung der Frage der geplanten Reformen ist sehr schwierig, doch muß sie beschleunigt werden, da die Gefahr besteht, daß sich zwischen dem Aufbruch der zuletzt zugeführten Entente-Lebensmittel und der Verwirklichung der in Aussicht genommenen Erleichterungen der Einfuhrbedingungen für Lebensmittelimporte leicht ein Vacuum einschleichen könnte, besonders deshalb, weil die Ablieferungsfreudigkeit der heimischen Landwirte als nicht allzu hoch eingeschätzt werden darf.“

In maßgebenden Kreisen der Kaufmannschaft wird die neueste Enunziation des Staatssekretärs über den Abbau der Zwangswirtschaft hinsichtlich der Lebensmitteleinfuhr als ein weiteres Dokument der Erkenntnis des Versagens der staatlichen Lebensmittelwirtschaft aufgefaßt und im besonderen darauf verwiesen, daß zu dieser Kursänderung im Ernährungsamt auch der Umstand beigetragen haben mag, daß der Kredit des Staates und der sonstige öffentliche Kredit deutschösterreichischer Städte im Auslande als vollauf erschöpft anzusehen sind, währenddem eine große Anzahl deutschösterreichischer Firmen durch ihre Vorkriegsbeziehungen zur ausländischen Handelswelt und durch das alte Renommee doch noch als kreditwürdig angesehen werden. Vor allem erwartet die deutschösterreichische Kaufmannschaft, daß durch diese Sinnesänderung der Behörden auch die Monopolstellung der deutschösterreichischen Lebensmitteleinfuhrstelle erheblich beschnitten wird und daß auch andere Zentralen von diesem Abbau der Zentralwirtschaft berührt werden.

In erster Linie, so wird von hiesigen Kaufleuten versichert, werden die Einfuhrserleichterungen hinsichtlich der Lebensmittelimporte der Handelswelt der Entente und den Sukzessionsstaaten zugute kommen und sie hoffentlich auch zu einem Wettbewerb im Anbot veranlassen, wodurch auch eine Regulierung der Preisverhältnisse zu unseren Gunsten möglich ist.

Für die Verbraucherkreise ist jede Verbesserungsmöglichkeit in der Einfuhr von Lebensmitteln zu begrüßen. Hauptächlich kommt es für die Konsumentenwelt auf eine gerechte, gleichmäßige Verteilung der aufgebrachten Waren an. Das Wichtigste bei der ganzen Sache ist aber, daß wir die uns gelieferten ausländischen Lebensmittel nicht, um die Teuerung noch weiter zu steigern, mit unserem total entwerteten Gelde, sondern mit den Produkten der wieder-einsetzenden Arbeit bezahlen. Diesbezüglich sieht es bei uns aber mehr als traurig aus: einerseits stehen wir ständig in einer Kohlenkrise, die unser gesamtes Wirtschaftsleben zu vernichten droht, andererseits leiden wir bei gleichzeitig täglich gesteigerten Lohnansprüchen an einer beängstigend sinkenden Arbeitsfreudigkeit weiter Kreise der Bevölkerung, wodurch hauptsächlich der Abbau der Preise aufgehalten wird.